

Demografischer Wandel, Migration und „Festung Europa“

Walter Feichtinger, Bruno Nestler

Nr. 01/2023

Darum geht's

Zum Jahresende 2022 erregte Österreich Aufsehen, als es den Schengen-Beitritt von Rumänien und Bulgarien blockierte. Damit rückte irreguläre Migration wieder in den österreichischen und europäischen Fokus, ohne dass allerdings die Tragweite von Migration und die Bedeutung der weltweiten Bevölkerungsentwicklung erfasst wurde. Das wird aber auf Dauer betrachtet unerlässlich sein, will man für den Einwanderungskontinent Europa, aber auch für die Herkunfts- und Transitländer von Migranten taugliche und nachhaltige Lösungen finden. Denn die Faktenlage ist eindeutig: Während die Bevölkerung Europas schwindet, nimmt sie in Asien und Afrika deutlich zu.

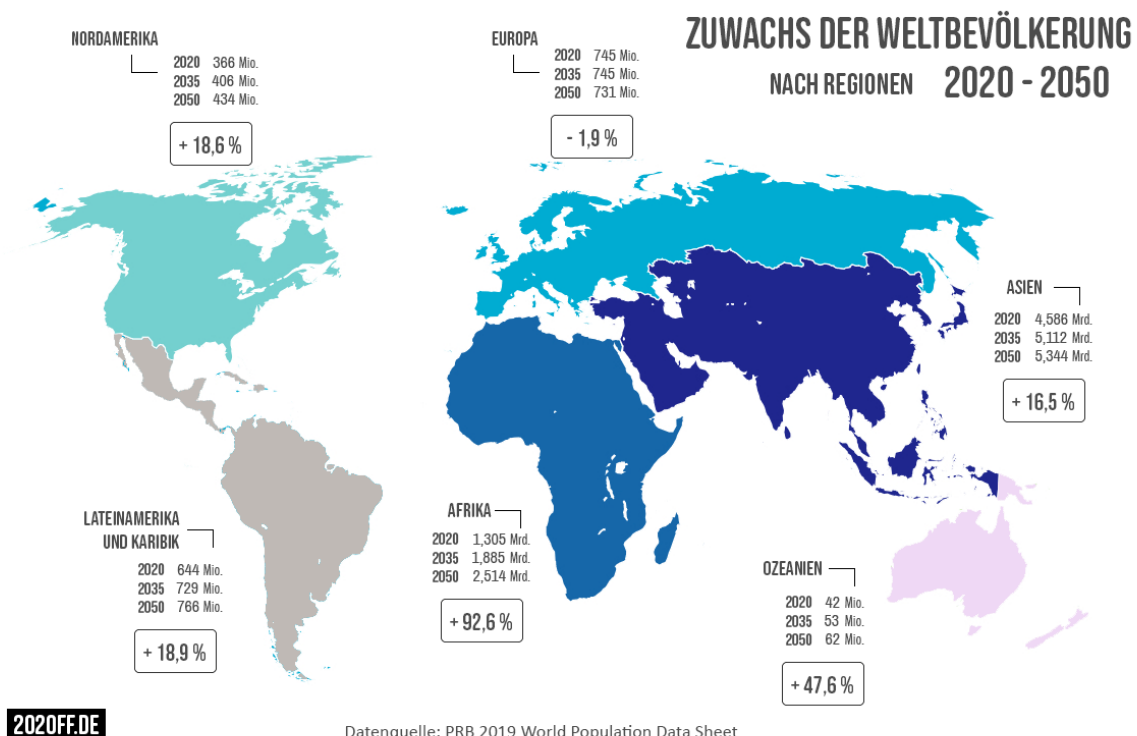
So verkündete die UNO am 15. November 2022, dass die Weltbevölkerung die 8 Milliarden-Marke überschritten habe. Allein seit 2011 sei eine Milliarde Menschen dazugekommen. Am Ende dieses Jahrhunderts sollen etwa 11 Mrd. Menschen den Globus bevölkern. Das wird sich neben dem Arbeitsmarkt auch auf die geopolitische Positionierung auswirken. Will daher Europa nicht an Wohlstand und internationalem Stellenwert verlieren, sollte es möglichst rasch konstruktive Ansätze verfolgen. Dabei wäre es klug, Migration aus der Perspektive von umfassender Sicherheit zu betrachten, die neben der Notwendigkeit einer kontrollierten Zuwanderung auch gemeinsame Ansätze etwa im Bereich erneuerbarer Energien sucht.

Die Faktenlage

- In den ärmsten Ländern wächst die Bevölkerung besonders stark. In der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder, der laut UNO 46 Staaten angehören (zwei Drittel von ihnen aus Afrika), wächst die Bevölkerung etwa zweieinhalb Mal so schnell wie im Rest der Welt.
- Die kumulierte Zahl der Geburten ändert sich seit Jahren kaum, rund 140 Millionen Babys werden jährlich geboren. Die Zunahme der globalen Bevölkerungszahl ist vielmehr eine Folge davon, dass die Menschen im globalen Schnitt deutlich länger leben. In Lateinamerika, Asien und Afrika ist die Lebenserwartung allein in den letzten dreißig Jahren um rund 10 Jahre gestiegen. Zudem hat vielerorts die Kindersterblichkeit deutlich abgenommen.
- Während die Zahl der Neugeborenen in den meisten Weltregionen sinkt, nimmt sie insbesondere im subsaharischen Afrika deutlich zu. Im Jahr 2100 werden gemäß den UNO-Prognosen acht von zehn Menschen entweder in Asien oder in Afrika leben.
- Besonders deutlich wird diese Verschiebung beim Blick auf Europa und Afrika: 1950 lebten noch fast doppelt so viele Menschen in Europa wie in Afrika. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Bevölkerung Afrikas größer als jene von Europa. Nun wird die Differenz immer größer: Heute kommen auf einen

Europäer bereits knapp zwei Afrikaner, bis 2050 dürften es mehr als drei sein.

- Aber nicht alle Länder verzeichnen ein Bevölkerungswachstum. Der demografische Wandel und die Bevölkerungsabnahme erfolgen vor allem in Japan und in verschiedenen osteuropäischen Staaten. Grund für diese Entwicklung ist einerseits die Kombination aus tiefer Geburtenrate und niedriger Einwanderung. In Japan (wo jede Frau im Schnitt rund 1,4 Kinder zur Welt bringt) führte das zum Beispiel zwischen 2010 und 2019 zu einer Bevölkerungsabnahme von 2,6 Millionen Menschen.
- In anderen Ländern spielt auch die Abwanderung eine wichtige Rolle. Gerade in manchen osteuropäischen Staaten trägt sie wesentlich dazu bei, dass die Bevölkerung in den letzten Jahren geschrumpft ist und laut Prognosen bis 2040 nochmals deutlich sinken soll. Die Ukraine, Lettland, Litauen und Bulgarien sind von diesem Trend besonders stark betroffen. Hier dürfte die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in den nächsten 20 Jahren um bis zu 20 % abnehmen. Es ist noch nicht abzuschätzen, welche dauerhaften Folgen der Krieg in der Ukraine haben wird.
- Die Hälfte des globalen Bevölkerungswachstums bis 2050 entfällt auf lediglich neun Länder: Indien, Nigeria, Pakistan, Kongo-Kinshasa, Äthiopien, Tansania, Indonesien, Ägypten, USA. Indien wird China schon 2023 als bevölkerungsreichstes Land überholen, während Nigerias Einwohnerzahl bis 2050 auf über 400 Mio. steigen und damit die USA überflügeln sollte.
- Für Gesamteuropa – inklusive Großbritannien und Russland – sieht es ganz anders aus. Laut UN-Prognosen dürfte die Bevölkerung von derzeit 750 Mio. bis 2050 auf 731 Mio. abnehmen und damit um 1,9% schrumpfen. In den EU-Staaten wäre die Bevölkerung ohne Zuwanderung bereits 2019 bei 4,2 Mio. Geburten und 4,7 Mio. Sterbefällen um eine halbe Million geschrumpft. Im Jahr 2020 hat sie um rund 100.000 Menschen (von 447,3 Mio. am 1. Januar 2020 auf 447,2 Mio. am 1. Januar 2021) abgenommen. Gründe dafür sind weniger Geburten, mehr Sterbefälle und eine geringe (pandemiebedingte) Nettozuwanderung.



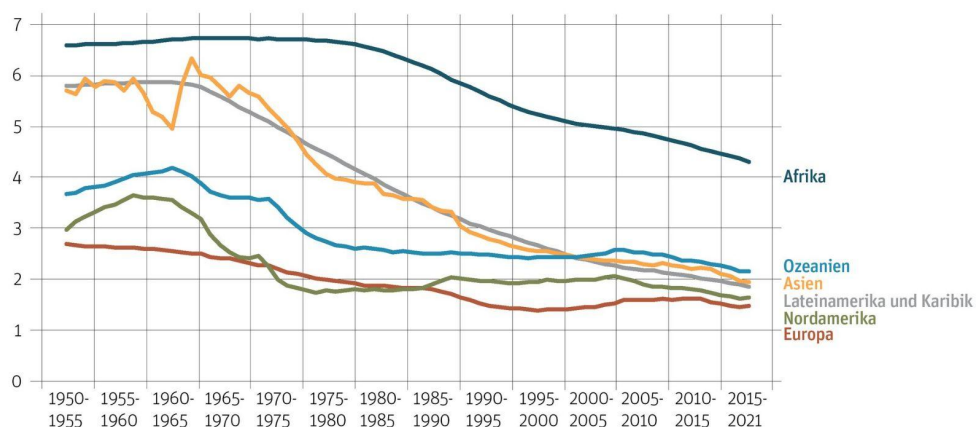
- Mit Ausnahme der USA drohen den Menschen in den Ländern mit dem größten Bevölkerungszuwachs weitere Verarmung, Hungerkrisen sowie soziale und politische Konflikte, die in Gewalt münden können. Häufig sehen daher betroffene Menschen nur in der Flucht einen Ausweg.
- Verstärkt wird der Druck zur Ab- oder Auswanderung durch negative Folgen des Klimawandels. Verwüstetes Weideland, Verlust an Anbauflächen, Überschwemmungen oder Überflutungen können häufig das Verlassen bisheriger Siedlungsgebiete erzwingen.
- Allerdings könnten manchmal einfache Maßnahmen reichen, den negativen Folgen zu begegnen und für Abhilfe zu sorgen. Häufig fehlt es aber am nötigen Knowhow und den erforderlichen Ressourcen. Das bildet einen Ansatzpunkt für partnerschaftliche Kooperationen, bei denen Projekte vor Ort die Lebensbedingungen verbessern und den Migrationsdruck reduzieren helfen.
- Die Zuwanderung nach Europa hat daher keine monokausale Erklärung. Sie speist sich aus vielen externen Faktoren wie z.B. Krieg, Unterdrückung, Verlust der Lebensgrundlage oder subjektiven Motiven wie Verfolgung, Perspektivlosigkeit oder Hoffnung auf ein besseres Leben.

Von besonderer Relevanz ist:

- Europa hat viele Jahre lang den Andrang aus Mexiko in die USA mit mehr oder weniger Verständnis verfolgt. Selbst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 war Migration hierzulande kein politikbestimmendes Thema. Erst mit dem sogenannten „Arabischen Frühling“ 2011 und dem bis heute geführten Krieg in Syrien entstand für Europa eine Herausforderung, die es bis heute nicht im Griff hat. Denn zu den Flüchtlingen aus arabischen Umbruchsländern kamen in weiterer Folge auch Flüchtlinge aus Afghanistan, wo das internationale Konfliktmanagement zunehmend in Schwierigkeiten geriet und letztlich die Schreckensherrschaft der Taliban zurückkehrte.
- Europas Erfahrungen sind daher vor allem von irregulärer Migration nach dem massenweisen Ansturm 2015 geprägt. Trotz vielfacher Versuche ist es innerhalb der EU nicht gelungen, gemeinsame Ansätze im Bereich des Asylwesens und der Migrationssteuerung zu erzielen.
- Der Massenandrang von Flüchtenden 2015/2016 mit rund zwei Millionen Asylsuchenden brachte für einige EU-Staaten ungeahnte Probleme. Die schiere Zahl der Asylsuchenden stellte die Behörden vor unvorstellbare Aufgaben,

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in unterschiedlichen Weltregionen, 1950 bis 2021

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung



(Datengrundlage: UN DESA)

strapazierte den Zusammenhalt der Gesellschaft in besonders betroffenen Ländern wie Deutschland, Österreich oder Schweden und brachte in weiterer Folge auch besondere Herausforderungen im Sicherheitsbereich.

- 2022 sind deutlich mehr Flüchtlinge und Migranten ohne Erlaubnis in die Europäische Union gekommen als noch 2021. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex registrierte in den ersten elf Monaten dieses Jahres rund 308.000 Grenzübertritte. Das ist ein Zuwachs von 68 % im Vergleich zum Vorjahr und der höchste Wert seit 2016.
- Innerhalb der EU führte das zu einer Zerreißprobe, die von moralischen, rationalen und nationalistischen Argumenten geprägt war und ist. Vor allem die Frage nach dem Umgang mit dem Asyl-Status und der Verteilung von Flüchtlingen ist bis heute ungelöst. Fortschritte wurden aber im Bereich der Außenkontrolle der EU-Grenzen (Stichwort „Frontex“) erzielt. Einigkeit besteht auch darin, dass es einer geordneten, kontrollierten und gesteuerten Zuwanderung nach Europa bedarf.
- Migration hat allerdings eine quantitative und eine qualitative Komponente. Sie sollte sich im Idealfall am (Arbeitsmarkt-) Bedarf des Einwanderungslandes orientieren, ohne das Auswanderungsland seiner „Gehirne“ zu berauben („brain drain“). Bildung und Ausbildung sind daher ein wesentliches Kriterium, wenn es um die „Qualität“ von Migration geht. Die Quantität ergibt sich aus dem spezifischen Bedarf der Empfängerländer oder in diesem Fall Europas. Länder wie Kanada sind hier ein gutes Beispiel, wie Zuwanderung gesteuert und bewältigt werden kann.
- Ein wesentlicher Punkt ist dabei, geltendes Asylrecht nicht zu verletzen. Europa steht hier in der globalen Auslage –

denn es ist unglaublich, sich als „Wertegemeinschaft“ zu präsentieren und gleichzeitig gegen fundamentale Grundsätze zu verstoßen. Die rasche Unterscheidung zwischen Asylwerbern und „Wirtschaftsflüchtlingen“ ist dabei von besonderer Bedeutung, um zu einem tauglichen System mit einer geregelten Migration zu kommen.

- Migration wurde aber auch zu einem kriminellen Geschäftsmodell, bei dem zahlreiche Menschen illegal über Grenzen geschmuggelt, materiell ausgebeutet und ihrem Schicksal überlassen werden. Es bedarf daher einerseits einer rigorosen Verfolgung dieser Kriminalität und andererseits der Möglichkeit einer geregelten Zuwanderung. Damit sollte auch der Tod vieler Migranten im Mittelmeer verhindert werden können.
- Das erfordert Kooperationen sowie einen funktionierenden Dialog und Abstimmungsprozess mit den Herkunfts- und Transitländern. Politik ist ein ständiges Geben und Nehmen und Abgleichen von Interessen. Dabei könnten die Herausforderungen des Klimawandels eine taugliche gemeinsame Basis bilden. Denn Europa hat enormes Knowhow, Technologien und finanzielle Mittel, um ärmeren Ländern bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen. Gerade der Bereich erneuerbarer Energien bietet ein ausgezeichnetes Betätigungsfeld von beiderseitigem Interesse und Nutzen.
- Die aktivste Route führte 2022 mit rund 140.000 Übertritten über den Westbalkan. Das veranschaulicht, wie wichtig v.a. eine funktionierende Zusammenarbeit mit dem Transitland Türkei weiterhin bleibt. Bei den Mittelmeerrouten sind es vor allem die nordafrikanischen Länder, mit denen es zu kooperieren gilt. Mittel- und langfristig sollten aber die Herkunftsländer im Fokus europäischer Initiativen sein.

Migrantenrouten über den Balkan nach Deutschland



Aufgrund der demografischen Entwicklung ist es daher nach heutiger Beurteilung notwendig, eine Zuwanderung nach Europa nicht nur zu erlauben, sondern gezielt zu fördern. Andererseits erlebte Europa in den letzten zehn Jahren einen großteils unkontrollierten und steigenden Ansturm von Menschen, deren Motive zwar nachvollziehbar sind, die aber größtenteils nicht den Asylstatus rechtfertigen. Häufig entsprechen sie auch nicht den qualitativen Kriterien, die eine Aufnahme aus wirtschaftlichen Gründen rechtfertigen würden.

- Es geht daher darum, sich aus der derzeitigen Defensivposition zu befreien und in eine gestaltende, steuernde Position zu kommen. Das ist gewiss nicht einfach, muss aber

- Am EU-Arbeitsmarkt werden vor allem geringer geschätzte Arbeiten von afro-asiatischen Migranten angenommen. Dadurch sind Nicht-EU-Bürger (dzt. 23 Millionen) im Vergleich zu EU-Bürgern z.B. in den Sparten Hilfsarbeit, Hilfskräfte (Bergbau, Bau, Landwirtschaft), Pflege, Haushalt stark überrepräsentiert.
- In den EU-Mitgliedsländern wird immer vehementer nach mehr Grenzzäunen und strengeren Maßnahmen gegen irreguläre Migration gerufen. Angesichts der rasant steigenden Zahl an Asylanträgen nachvollziehbar, greift es aber viel zu kurz. Denn ohne eine europaweit koordinierte und geregelte Migration nach Europa werden damit nur Symptome einer Entwicklung bekämpft ohne echte Chance auf eine nachhaltige Lösung.

So sehen wir das:

- Europa befindet sich in einem gesamtpolitischen Dilemma. Denn einerseits gilt es, durch eine sinkende Bevölkerung nicht an globaler Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

so gedacht und angestrebt werden. Denn ein reines Verharren in der Abwehrrolle schädigt Europas globales Ansehen, schwächt seine Position im internationalen Wettbewerb und belastet die Beziehungen innerhalb der EU, mit Nachbarländern sowie mit Herkunfts- und Transitländern. Das bedeutet nicht, dass die Kontrollen an Europas Grenzen eingestellt werden sollen - ganz im Gegenteil. Sie sind eine wesentliche Voraussetzung für den Übergang in eine gesteuerte Phase von Migration und die Eindämmung krimineller Machenschaften.

- Obwohl viele Migrationsströme Afrika gar nicht verlassen, wird Europa weiterhin der bevorzugte Kontinent afro-asiatischer Emigration bleiben. In diesem Zusammenhang ist die Vorstellung von einer „Festung Europa“ allerdings nicht nur unreal, sondern letztlich auch kontraproduktiv. Es gilt viel mehr, Wege für einen transparenten, geregelten Zugang nach Europa zu finden, der im Idealfall im Einvernehmen mit den Herkunftsländern erfolgt.